

Antrag 4/I/2021

SPD-UB Region Hannover

Der Landesparteitag möge beschließen:

Wiederbelebung der Vermögenssteuer

1 Aus Gerechtigkeitsgründen und zur Stabilisierung der Staatsfinanzen wird die Vermögenssteuer nach dem
2 Vermögensteuergesetz (VStG) wiederbelebt. Vermögen oberhalb eines Freibetrages von einer Million Eu-
3 ro wird wieder mit ein Prozent pro Jahr besteuert werden. Grundlage der Berechnung der Steuer sind die
4 Grundsätze, die das Bundesverfassungsgericht in seinem Beschluss vom 22. Juni 1995 (2 BvL 37/91) aufge-
5 stellt hat.

6

7 Begründung

8 Die Vermögenssteuer – einst von Theo Waigel (CSU) als unabdingbare Gerechtigkeitssteuer bezeichnet –
9 setzt den Gerechtigkeitsgedanken um und ist als einzige Maßnahme geeignet, die immer weiter ausein-
10 anderklaffende Schere zwischen Arm und Reich wieder ansatzweise zu schließen.

11 Nach Studien des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) vom Februar 2014 ist die ungleiche
12 Vermögensverteilung in ganz Europa nirgendwo so ausgeprägt wie in Deutschland.

13 Die Vermögenssteuer setzt unseren Grundsatz der Solidarität in die Tat um, wonach starke Schultern mehr
14 tragen können als schwache, und ist langfristig dazu geeignet, die jeden Endverbraucher treffende Umsatz-
15 steuer wieder zu senken.

16 Im Übrigen trägt die Vermögenssteuer als volkswirtschaftlich ankurbelnde Steuer dazu bei, den Weg aus der
17 Finanzkrise zu weisen, indem sie angelegtes bzw. liegendes Vermögen löst und in den Wirtschaftskreislauf
18 zurückführt.

19 Da die jährlichen Zinserträge auf das zu besteuernde Vermögen auch bei sicherer Geldanlage die Vermö-
20 gensteuer von einem Prozent im Regelfall deutlich übersteigen, ist die Wiederbelebung der Steuer für die
21 Betroffenen auch zumutbar.

22 Schon die Steuereinnahmen von weniger als zehn der vermögsten Privatpersonen reichen zur Deckung
23 sämtlicher Kosten der zur Erhebung der Steuer erforderlichen Steuerverwaltung aus.

24 Auch in anderen westlichen Industrienationen, in denen eine Vermögenssteuer erhoben wird, ist es nicht zu
25 einer von den Konservativen behaupteten Massenflucht von Steuerpflichtigen gekommen.

26 Das gute und tragfähige Bildungskonzept der SPD muss vor dem Hintergrund der angestrebten Gebühren-
27 freiheit zur Unterfütterung seiner Glaubwürdigkeit auch eine solide finanzielle Grundlage haben.

28 Daher braucht Deutschland die Vermögenssteuer für mehr Gerechtigkeit und Chancengleichheit für alle.

29

Empfehlung der Antragskommission

Erledigt durch Beschlussfassung Bundesparteitag 2019